

Mitgliedsnummer: _____ (wird vom Verein ausgefüllt)

PBU

**PULHEIMER
BÜRGERINITIATIVE
GEGEN ULTRANET**

Aufnahmeantrag / Änderungsmeldung

Ich beantrage die Aufnahme in den „Pulheimer Bürgerinitiative gegen Ultranet e.V.“ (PBU e.V.)

als aktives Mitglied mit einem Jahresbeitrag von 24 EUR.

als passives Fördermitglied mit einem Jahresbeitrag von 12 EUR.

Ich möchte die Änderung meiner Mitgliedsdaten melden.

Zutreffendes bitte ankreuzen.

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ

Ort

Telefon *

Mobil *

E-Mail *

Geburtsdatum

* freiwillige Angabe

Durch meine Unterschrift erkenne ich die gültige Satzung und die Beitragsordnung des PBU e.V. an. Diese können auf Anfrage per Mail oder Post zugesendet werden oder bei einem der Vorsitzenden (Sebastian Locker, Mittelweg 5 und Arne Westphal, Parkstr. 16 jeweils in 50259 Pulheim) eingesehen werden. **Die umseitig abgedruckten Informationspflichten gemäß Artikel 12 bis 14 DSGVO habe ich gelesen und zur Kenntnis genommen.**

Ort

Datum

Unterschrift

SEPA-Lastschriftmandat

Ich ermächtige hiermit widerruflich den PBU e.V. Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom PBU e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Durch Rücklastschriften entstehende Kosten werde ich dem PBU e.V. erstatten.

Kontoinhaber

bei Kreditinstitut

IBAN

BIC

Ort

Datum

Unterschrift des Kontoinhabers

Aufnahmebestätigung (vom Vereinsvorstand auszufüllen)

Der Vorstand des PBU e.V. bestätigt hiermit die Aufnahme in den Verein.

Pulheim, den _____



PBU – PULHEIMER BÜRGERINITIATIVE GEGEN ULTRANET E.V.

Burgstraße 8 · 50259 Pulheim
Eingetragen beim Amtsgericht Köln, Nr. VR 19798
Vorstand: Sebastian Locker (1. Vorsitzender),
Arne Westphal (2. Vorsitzender), Jürgen Berger,
Monika Mezger, Dr. Annika Runte-Collin,
Dr. Manuel Wesche, Peter Wieschermann

Web: www.pulheim-gegen-ultranet.de
E-Mail: kontakt@pulheim-gegen-ultranet.de
Bankverbindung: Volksbank Erft eG
IBAN: DE98 3706 9252 6511 6220 16
BIC: GENODED1ERE

Informationen zum Datenschutz im Rahmen einer Mitgliedschaft bei der Pulheimer Bürgerinitiative gegen Ultramet e.V.

Wir freuen uns, wenn Sie Mitglied oder Fördermitglied bei uns werden. Eine Mitgliedschaft kann allerdings nur erfolgen, wenn Sie Ihre Daten vollständig angeben.

Diese Erklärung beinhaltet die **Informationspflicht bei Erhebung von personenbezogenen Daten bei der betroffenen Person gemäß Artikel 12 bis 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)**.

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung im Sinne der DSGVO ist die **Pulheimer Bürgerinitiative gegen Ultramet e.V.** (im Folgenden der „Verein“ genannt) mit Sitz in der Burgstraße 8 in 50259 Pulheim. Sie erreichen den Verein postalisch unter der oben genannten Anschrift oder per E-Mail unter kontakt@pulheim-gegen-ultramet.de.

Der Verein erhebt und speichert Daten, die für die Mitgliedschaft erforderlich sind (gemäß Art. 6 EU-DSGVO abs. 1 lit. b).

Wir benötigen Ihre Daten, um Ihnen Spendenbescheinigungen, Einladungen zu Versammlungen und Veranstaltungen, Informationen rund um den Verein und seinen Zweck oder Ihre Mitgliedschaft zuzusenden zu können und um Ihre Mitgliedsbeiträge zu erheben.

Ihre personenbezogenen Daten werden bei uns so lange gespeichert, wie dies für die Mitgliedschaft erforderlich oder aus steuerrechtlichen Gründen gesetzlich vorgeschrieben ist. Weder verkaufen noch verleihen wir Ihre Daten.

Mit Austritt aus dem Verein werden Ihre personenbezogenen Daten mit einer Frist von drei Monaten in unserer Mitgliederverwaltung gelöscht; Sie erhalten keine Post oder E-Mail mehr. Wir machen Sie darauf aufmerksam, dass wir allerdings verpflichtet sind, Ihre Unterlagen (z.B. Kopien der Spendenbescheinigungen) bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht 10 Jahre lang zu archivieren.

Sie haben jederzeit das Recht, Auskunft zu Ihren gespeicherten Daten zu erhalten. Sie haben außerdem das Recht, die Berichtigung, Einschränkung der Verarbeitung oder Löschung Ihrer Daten zu verlangen. Eine entsprechende Anfrage ist schriftlich an den Vorstand zu stellen.

Sie haben das Recht zur Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde.